

Frank Bösch

In Defence of the Taxpayers: Korruptionspraktiken und -
wahrnehmungen im edwardianischen Großbritannien

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.690>

Reprint von:

Frank Bösch, In Defence of the Taxpayers: Korruptionspraktiken und -
wahrnehmungen im edwardianischen Großbritannien,
in: Geld – Geschenke – Politik. Korruption im neuzeitlichen Europa (Beiheft
Historische Zeitschrift 48), herausgegeben von Jens Ivo Engels, Andreas
Fahrmeier und Alexander Nützenadel, Oldenbourg Verlag München, 2009,
ISBN 978-3-486-58847-7, S. 175-201

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Frank Bösch (2009), In Defence of the Taxpayers: Korruptionspraktiken und -wahrnehmungen im edwardianischen Großbritannien, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.690>

Ursprünglich erschienen als: Frank Bösch, In Defence of the Taxpayers: Korruptionspraktiken und -wahrnehmungen im edwardianischen Großbritannien, in: Geld – Geschenke – Politik. Korruption im neuzeitlichen Europa (Beiheft Historische Zeitschrift 48), herausgegeben von Jens Ivo Engels, Andreas Fahrmeier und Alexander Nützenadel, Oldenbourg Verlag München, 2009, ISBN 978-3-486-58847-7, S. 175-201

In Defence of the Taxpayers

Korruptionspraktiken und -wahrnehmungen im edwardianischen Großbritannien

Von

Frank Bösch

Korruption ist eine flüchtige Praxis, die sich in der Regel dem Zugriff des Historikers entzieht. Prinzipiell sind korrupte Handlungen für alle Epochen und Kulturkreise anzunehmen. Zugleich variierten ihr Stellenwert und ihre Bedeutung temporär und topographisch. Eine historische Beschäftigung mit dem Phänomen Korruption verspricht deshalb Erkenntnisse über das Selbstverständnis und die Funktionsweisen einer Gesellschaft. Die jeweilige Wahrnehmung und Praxis der Korruption muß sich dabei nicht decken. Vielmehr kann gerade eine intensive Auseinandersetzung mit Bestechungen mit einer seltenen Anwendung einhergehen und umgekehrt eine routinisierte Korruption mit ausbleibenden Debatten.

Ebenso variierte inhaltlich und begriffsgeschichtlich, was einzelne Gesellschaften jeweils unter Korruption verstanden. Insofern erscheint es für eine historische Analyse sinnvoll, die jeweilige zeitgenössische Bedeutung des Begriffes und Eingrenzung des Phänomens einzubeziehen, aber zugleich eine analytische Definition zu verwenden. Im Anschluß an die Fachliteratur läßt sich Korruption zunächst als Mißbrauch einer anvertrauten Macht zum privaten Vorteil beschreiben.¹ Korruption lediglich als einen Gesetzesverstoß zu fassen, würde zu kurz greifen. Vielmehr kann sie einen Normenverstoß bilden, der (noch) nicht strafbar ist oder juristisch toleriert wird. Ab wann eine private Vorteilsnahme als unzulässig gilt, muß immer wieder neu ausgehandelt werden. Insofern ist Korruption als eine hochgradig wandelbare Norm zu fassen. Als Historiker mag man sich für ihre Bedeutung im Geheimen interessieren, um Entscheidungsprozesse und Beziehungsnetze zu analysieren. Nicht minder bedeutsam ist allerdings der öffentliche Umgang mit ihr, der erst ihren Status innerhalb der Gesellschaft erklärt. Insofern erscheint es reizvoll, das Verhältnis zwischen Praxis und Wahrnehmung genauer zu analysieren.

¹ Vgl. etwa die Definitionen in: *Susan Rose-Ackerman*, *Corruption and Government. Causes, Consequences, and Reform*. Cambridge 1999, 9; *Arnold Heidenheimer*, *Parties, Campaign Finance and Political Corruption. Tracing Long-Term Comparative Dynamics*, in: ders./Michael Johnston (Eds.), *Political Corruption. Concepts and Contexts*. New Brunswick/London 2002, 764; *Christine Landfried*, *Korruption und politischer Skandal in der Geschichte des Parlamentarismus*, in: Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel (Hrsg.), *Anatomie des politischen Skandals*. Frankfurt am Main 1989, 104–129, 133.

Debatten über Korruption traten in bestimmten Phasen gehäuft auf. Hierzu zählt etwa die Zeit der Aufklärung, in der die Normen- und Medienstruktur einem markanten Wandel unterlag. Zu den Phasen, in denen es in der ganzen westlichen Welt zu intensiveren Auseinandersetzungen mit Korruptionsfällen kam, zählt auch das ausgehende 19. Jahrhundert. So legte in Frankreich besonders der Panama-Skandal ein korruptes Beziehungsgeflecht zwischen Wirtschaft, Politik und Journalismus offen, in den USA häuften sich Fälle von Korruption in Politik und Kommunen, in Deutschland erschütterte eine jahrelange Bestechung der Heeresverwaltung die Annahme, deutsche Beamte seien unbestechlich, und auch in Großbritannien nahmen Korruptionsvorwürfe wieder deutlich zu.² Die grenzübergreifende Beobachtung dieser Fälle durch die Presse verstärkte das Gefühl, Korruption sei ein anwachsendes bedrohliches Phänomen. Die Zunahme des Korruptionsverdachtes läßt sich sicherlich mit einigen Merkmalen der rasanten Gesellschaftsentwicklung in der ausgehenden Moderne erklären. Einerseits vergrößerten sich die Korruptionsgelegenheiten durch die Ausweitung der Staatstätigkeit, den Ausbau von Parteiorganisationen, die koloniale Expansion und die beschleunigte funktionale Differenzierung der Gesellschaften, die mitunter einen neuen Kitt erforderte. Zum anderen konnte durch die Expansion der Massenmedien, die Politisierung und Demokratisierung der Gesellschaft freier, kritischer und wirksamer als bisher die Korruption angeprangert werden.

In welcher Beziehung in dieser Phase die Wahrnehmung und Praxis der Korruption standen, soll im folgenden anhand von Großbritannien untersucht werden. Damit steht ein Land im Vordergrund, in dem Korruption in der neuesten Geschichte eine vergleichsweise geringe Bedeutung spielte. Noch heute nimmt es im „Corruption Perceptions Index“ und dem „Bribe Payers Index“ von Transparency International gute Positionen ein. Ebenso traten Korruptionsskandale in den letzten Jahrzehnten seltener auf als in Frankreich, den USA und Deutschland. Daß britische Politiker weniger korruptionsanfällig sind, erklärten Sozialwissenschaftler mit den geringen und beschränkten Wahlkampfkosten, der starken Fraktionsdisziplin und dem geringen Einfluß einzelner Abgeordneter sowie dem langen Sozialisationsweg in einem übersichtlichen politischen Feld, was die Selektion der Politiker und eine wechselseitige Kontrolle fördere.³

² Vgl. *Pierre-Alexandre Bourson*, *L'affaire Panama*. Paris 2000; *Frank Bösch*, Krupps „Kornwalzer“. Formen und Wahrnehmungen von Korruption im Kaiserreich, in: *Historische Zeitschrift* 270, 2005, 337–379; *G. R. Searle*, *Corruption in British Politics 1895–1930*. Oxford 1987.

³ *Anthony King*, Sex, Money and Power, in: *Richard Hodder-Williams/James Ceaser* (Eds.), *Politics in Britain and the United States. Comparative Perspectives*. Durham 1986, 173–202; *Robin Gaster*, Sex, Spies and Scandal. The Profumo Affair and British Politics, in: *Andrei S. Markovits/Mark Silverstein* (Eds.), *The Politics of Scandal: Power and Process in Liberal Democracies*. New York 1988, 62–88.

Neben sozialwissenschaftlichen Zugängen bieten sich historische Zugänge an, um die geringe Bedeutung von Korruption in Großbritannien zu erklären. Der folgende Artikel argumentiert, daß die Korruption in Großbritannien auch deshalb an Bedeutung verlor, weil sie nicht nur frühzeitig angeprangert wurde, sondern die Regierungen nicht zuletzt durch die frühe Parlamentarisierung immer wieder mit vielfältigen Überprüfungs- und Korrekturmechanismen reagierten. Der intensive Parteienwettbewerb, so das Argument, förderte zwar frühzeitig Korruptionsvorwürfe, um den politischen Gegner zu diskreditieren, er trug aber hierdurch auch zur Festigung von strikten Normen und Reformen bei.

Wie zu zeigen ist, war der Korruptionsdiskurs dabei in hohem Maße von dem Anspruch auf Gerechtigkeit geprägt. Der Kampf gegen Korruption war vor allem ein Kampf für gleiche Zugangschancen und möglichst niedrige finanzielle Lasten für die Steuerzahler. Der Verweis auf den Steuerzahler und „ordinary man“, der für die Folgen von korrupten Geschäften aufkommen mußte, läßt sich dabei als zentrale rhetorische Figur herausarbeiten. Dabei wird versucht, nicht nur die Korruptionspraktiken, sondern auch das Aufkommen der Debatten über sie aus der spezifischen politischen Kultur des ausgehenden 19. Jahrhunderts zu erklären. Zwei Beispiele sollen dabei eine vertiefte Analyse der Korruptionspraktiken und den Umgang mit ihnen herausstellen. Einerseits wurde ein Korruptionsfall in Südafrika gewählt, um die Verbindung zwischen kolonialer Expansion und inländischer Normfestigung aufzuzeigen. Andererseits wird der Marconi-Skandal vertieft betrachtet, um Korruptionsvorwürfe gegenüber Regierungsmitgliedern zu analysieren. Anhand beider Fälle wird gefragt, wer auf welche Weise die Vorwürfe aufbrachte, wie sie in der Presse und der Politik behandelt wurden, wie die Regierungen und die Justiz reagierten und in welcher Beziehung Korruptionswahrnehmung und -praxis standen.

I. Korruptionsdiskurse im 18. und 19. Jahrhundert

Die öffentliche Auseinandersetzung mit Korruption hat in Großbritannien eine besonders lange Tradition. Das lag nicht unbedingt daran, daß Bestechungen im Inselreich besonders virulent waren. Vielmehr ermöglichten drei miteinander verbundene Entwicklungen eine frühzeitige intensive Debatte: Die frühe Ausbildung der Pressefreiheit, des Parlamentarismus und einer diskutierenden Öffentlichkeit.⁴ Bereits für das 17. und 18. Jahrhundert lassen

⁴ Dies zeichnet sich im internationalen Vergleich immer noch ab, auch wenn das von Habermas entworfene Modell bereits vielfältig revidiert wurde; vgl. etwa *Hannah Barker/Simon Burrows* (Eds.), *Press, Politics and the Public Sphere in Europe and North America, 1760-1820*. Cambridge 2002.

sich vielfältige Proteste gegen korrupte Praktiken ausmachen, die eine entsprechende öffentliche Sensibilisierung und Normendifferenzierung dokumentieren. In der Korruptionskritik artikuliert sich zugleich die Forderung nach einem veränderten Gesellschaftsmodell. So zeigten in den 1720er Jahren die Proteste gegen Korruption und die folgenden Verurteilungen nicht allein deren Zunahme, sondern auch ein sich wandelndes Gesellschafts- und Verfassungsverständnis. Mit der Klage über die Korruption forderten die Kritiker politische Normen ein, die sich gegen Privilegierungen, Unproduktivität und Verantwortungslosigkeit richteten.⁵ Ihre Antikorruptionsdiskurse zehrten zugleich von Machiavellis Ideen, von protestantisch geprägten Leistungsidealen und republikanischen Vorstellungen. Dies wurde frühzeitig auf die britischen Kolonien übertragen. Aufklärerische Interventionen forderten für die Briten in Indien ähnliche Normen wie in England ein – wie etwa Edmund Burkes berühmte Anklagen gegen den indischen Generalgouverneur Warren Hastings und die East India Company, die er als „one of the most corrupt and destructives tyrannies“ bezeichnete.⁶

Der Kampf gegen die „Old Corruption“ bildete besonders Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts das zentrale Thema einer kritischen Öffentlichkeit, die Reformen einforderte. Vor allem für die Publizisten der „Radical Press“, die in den 1810er Jahren expandierte, war dies der zentrale Kampfbegriff. In enthüllenden Publikationen listeten sie detailliert ungerechtfertigte Einkommen ohne Gegenleistung auf.⁷ Der Begriff „Old Corruption“ bezog sich auf unterschiedliche Bereiche. Im weitesten Sinne konnte er auf alle politischen Mißstände verweisen, wie die Machtanmaßung der Krone oder die Verschwendung von Steuergeldern. Im engeren Sinne meinte er vor allem Patronage, Bestechung, Wahlbeeinflussung und die Vergabe von lukrativen Ämtern und Pensionen ohne adäquate Gegenleistungen.⁸ Die starke öffent-

⁵ Vgl. *Isaac Kramnick*, Corruption in Eighteenth-Century English and American Political Discourse, in: Richard K. Matthews (Ed.), *Virtue, Corruption and Self-Interest. Political Values in the Eighteenth-Century*. London 1994, 55-75; *Hermann Wellenreuther*, Korruption und das Wesen der englischen Verfassung im 18. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 234, 1982, 33-62. Wichtige Anregung hierzu gibt jetzt auch: *Jens Ivo Engels*, Politische Korruption in der Moderne. Debatten und Praktiken in Großbritannien und Deutschland im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 282, 2006, 313-350.

⁶ Die Rede ist abgedruckt in: *Peter J. Marshall* (Ed.), *India: Madras and Bengal, 1774-1785. (The Speeches of the Right Hon. Edmund Burke, Vol. 5.)* Oxford 1981, 385, und *ders.* (Ed.), *India: The Hastings Trial 1789-1794. (The Speeches of the Right Hon. Edmund Burke, Vol. 7.)* Oxford 2000. Zum Kontext vgl. etwa: *Andrew Porter*, Trusteeship, Anti-Slavery, and Humanitarianism, in: *ders.* (Ed.), *The Nineteenth Century. (The Oxford History of the British Empire, Vol. 3.)* Oxford 1999, 198-221.

⁷ Vgl. bes.: *John Wade*, *The Black Book, or: Corruption Unmasked*. London 1820; *Philip Harling*, *The Waning of 'Old Corruption'. The Politics of Economical Reform in Britain*. Oxford 1996.

⁸ Für eine weitere Definition plädiert deshalb: *W. D. Rubinstein*, *The End of 'Old Corruption' in Britain 1780-1860*, in: *Past and Present* 101, 1983, 55-86.

liche Resonanz dieser Proteste gegen die „Old Corruption“ förderte zwischen 1780 und 1840 zahlreiche Reformen – etwa eine Reduzierung der Patronage und des Titel- und Ämterverkaufs, die Ausdehnung des Wahlrechtes, die Senkung der Regierungskosten und letztlich eine Minderung des monarchischen Einflusses zugunsten des Parlaments. Zudem entstanden neue Verhaltensregeln für Politiker, die eine Trennung von privaten und öffentlichen Interessen einforderten. Skandale wie die Duke of York Affair 1809, die von dem prominenten Journalisten William Cobbett enthüllt wurde, gaben hierfür entscheidende Anstöße.⁹

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts veränderte sich diese britische Debatte. Vorwürfe im Sinne der „Old Corruption“ spielten öffentlich eine deutlich geringere Rolle. Opposition und Presse suchten vielmehr konsensuale Lösungen für punktuelle Probleme.¹⁰ Den Vorwurf der „Corruption“ bezogen die viktorianischen Medien vor allem auf Wahlbestechungen, bei denen die Wähler Vorteile aus ihrem öffentlichem „Amt“ zogen. Durch die Debatte um die Wahlbestechungen gewann der Begriff „Corruption“ auch quantitativ in den Medien stärkere Präsenz.¹¹ Bis in die 1860er Jahre hatte die Kritik an der besonders auf dem Land üblichen Wählerbeeinflussung durch Geld, Geschenke oder Verköstigungen kaum Folgen. Der gesellschaftliche Ansehensverlust blieb recht gering, wenn unterlegene Kandidaten Bestechungen öffentlich anprangerten. Erst die Wahl 1865 leitete umfangreiche Untersuchungen ein, die sich 1868 in Gesetzen gegen die Wahlkorruption niederschlugen, wonach Wahlen mit Bestechungen ungültig waren.¹²

Diese Reformdebatten etablierten schrittweise Erwartungshaltungen an die Politiker, was in den 1880er Jahren zu zahlreichen Skandalen um Wahlkorruption führte. Dabei waren es weniger die Enthüllungen von Journalisten als der Report einer Royal Commission über die korrupten Praktiken bei der Wahl von 1880, der eine breite öffentliche Empörung, Gesetzesreformen mit harten Strafen und eine Begrenzung der Wahlausgaben auslöste. Tatsächlich sank so die Zahl der wegen Bestechung angefochtenen Wahl-

⁹ Vgl. generell zu diesen Reformen aufgrund der Kampagnen: *Harling, The Waning of 'Old Corruption'* (wie Anm. 7). Als Fallstudie zudem: *ders., The Duke of York Affair (1809) and the Complexities of War Time Patriotism*, in: *The Historical Journal* 39, 1996, 936–984.

¹⁰ *Harling, The Waning of 'Old Corruption'* (wie Anm. 7), 259.

¹¹ Dies zeigt eine eigene Auswertung des „Times Digital Archive“ nach der Häufigkeit des Wortes „corruption“ in der Times 1786–1985. Erst in den 1960er Jahren wurde wieder eine vergleichbare Begriffshäufung erreicht.

¹² Hierzu entstanden frühzeitig grundlegende Studien; vgl. *Cornelius O'Leary, The Elimination of Corrupt Practises in British Elections 1868–1911*. Oxford 1962, 26 u. 49–53; *William B. Gwyn, Democracy and the Cost of Politics in Britain*. London 1962; *John B. King, Socioeconomic Development and the Incidence of English Corrupt Campaign Practices*, in: *Arnold J. Heidenheimer (Ed.), Political Corruption. Readings in Comparative Analysis*. New York 1970, 379–390.

kreise deutlich.¹³ Wie bei der „Old Corruption“-Debatte zeigte dies erneut, daß in Großbritannien nicht nur Korruptionsvorwürfe eine große Rolle spielten, sondern die Regierungen hierauf auch mit Reformen antworteten, um Korruption künftig zu verhindern.

Im Vergleich zu den USA und Frankreich waren in Großbritannien größere politische Korruptionsskandale in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts selten. Neben den Reformen minderte besonders die zurückhaltende Präsenz des Staates die Korruptionsschancen. Natürlich traten dennoch einzelne Vorfälle auf. So entstand 1849 ein Skandal um den Eisenbahnkönig George Hudson, als dessen verdeckte Ankäufe von anderen Gesellschaften und seine unredlichen Aktienspekulationen bekannt wurden. Ein Abgeordneter warf ihm zudem die Bestechung von Politikern vor. Bemerkenswerterweise richtete sich die öffentliche Empörung in den Zeitungen vor allem gegen seine Bereicherung auf Kosten der kleinen Aktienbesitzer.¹⁴ In den Jahrzehnten nach 1850 fanden sich in den Zeitungen immer wieder Artikel, die einzelne korrupte Handlungen oder Veruntreuungen von Staatsbediensteten anprangerten. So machte die Times 1865 öffentlich, ein Mitarbeiter habe in einem Patentamt jahrelang insgesamt einige hundert Pfund unterschlagen und sprach deshalb von „corruption“.¹⁵ Daß dieser Fall trotz seiner Marginalität solche Beachtung fand, zeigte jedoch eher das Fehlen größerer Normbrüche.

Die Zahl der Korruptionsvorwürfe nahm mit der Etablierung der Massenpresse in den 1880er Jahren in Großbritannien deutlich zu. Sie traten in bis heute typischen Korruptionsbereichen auf – etwa bei kommunalen Bauaufträgen oder im Sport.¹⁶ Im Unterschied zu Frankreich betrafen die Vorwürfe jedoch weder Spitzenpolitiker noch handelte es sich um vergleichbare Bestechungssummen. Zudem reagierte die Regierung schnell, indem sie die Fälle durch Kommissionen untersuchen ließ und gleich mit Gesetzesreformen antwortete. Vor allem der 1889 verabschiedete „Prevention of Corruption Act“,

¹³ So O'Leary, *The Elimination* (wie Anm. 12), 230; Gwyn, *Democracy* (wie Anm. 12), 91f. Dennoch sind auch danach in den Archiven zahlreiche Fälle von Wahlbestechung dokumentiert; vgl. etwa National Archives London (im weiteren: TNA) HO 45/9883/B16523; ebd. CO 873/29; ebd. ASSI 72/25/9.

¹⁴ Vgl. Times 1.3.1849, 4; 9.4.1849, 3; 1.5.1849, 4. Von den zahlreichen Studien zu Hudson vgl. zuletzt: Robert Beaumont, *The Railway King. A Biography of George Hudson*. London 2002, bes. 126–135.

¹⁵ Zu diesem sog. „Edmund-Scandal“ vgl. Times 15.3.1865, 9 und 23.3.1865, 14.

¹⁶ Vgl. den „Wimbledon-Scandal“, Times 18.9.1880, 9 oder den „Cricket Scandal“, Times 15.5.1882, 12. Zur Korruption etwa bei kommunalen Bauprojekten der 1880er Jahre, etwa von Music Halls, vgl. bereits: Alan Doig, *Corruption and Misconduct in Contemporary British Politics*. Harmondsworth 1984, 70–72. Beispiele zur Thematisierung von Alltagskorruption auch in: Phil Fennell/Philip A. Thomas, *Corruption in England and Wales. A Historical Analysis*, in: *International Journal of the Sociology of Law* 11, 1983, 167–189.

der auf den Music-Hall-Skandal folgte, bestrafte jede Form von Zuwendungen an öffentliche Bedienstete mit bis zu zwei Jahren Haft.¹⁷ Im späten 19. Jahrhundert war Korruption damit in Großbritannien ein Phänomen, bei dem die Öffentlichkeit den Staat zu einer fortlaufenden flexiblen Anpassung an sich ändernde Normen zwang, der Staat aber diese Reformen zugleich bereitwillig förderte.

II. Kolonialismus und Korruption: Der „War Stores Scandal“ in Südafrika

Die Zunahme der Korruptionspraktiken und -wahrnehmungen im ausgehenden 19. Jahrhundert hing auch mit der verstärkten kolonialen Expansion zusammen, die seit den 1880er Jahren einsetzte. Denn nachdem sich innerhalb Europas gewisse Normen eingespielt hatten, bildeten die neuen Kolonien Räume, in denen die moralischen und juristischen Regeln des Mutterlandes generell weniger zu gelten schienen. Die hohen Gewinne, die die Rohstoffausbeutung in den Kolonien, der Handel und die Truppenversorgung versprachen, forcierten Geschäftspraktiken, die im geringeren Maße der heimischen Moral entsprachen. Zudem verband sich die Kritik an der Kolonialpolitik mit dem Vorwurf der unlauteren Bereicherung.

Wie diese korrupten Praktiken und Auseinandersetzungen um koloniale Korruption verliefen, läßt sich besonders mit Blick auf Südafrika zeigen. Der britische Machtanspruch auf die Burenrepublik und der anschließende Krieg verstärkten um 1900 eine kapitalismuskritische Lesart des Kolonialismus, die sich vornehmlich auf Südafrika bezog.¹⁸ Zudem leitete seit 1895 mit Joseph Chamberlain ein Minister die britische Kolonialexpansion, der durch vielfältige Investitionen sein Vermögen mehrte, wozu etwa größere Aktienanteile am South African Gold Trust zählten.¹⁹ Kapitalismuskritik, Korruptionsverdächtigungen und Antikolonialismus gingen damit eine Liaison ein, die in eine liberale Kritik am Gebaren der unionistisch-konservativen Regierung mündete.

Bemerkenswerterweise hatten die frühen Kritiker des Burenkrieges weniger Erfolg mit Anklagen gegen die brutale Kriegsführung als mit Vorwürfen über die Bereicherung von Politikern durch den Krieg, was sich insbesondere wieder auf den Kolonialminister Chamberlain bezog. Die Regierungsmehrheit reagierte erneut mit selbstkritischen Untersuchungen. So prüfte zwischen

¹⁷ Doig, *Corruption* (wie Anm. 16), 79.

¹⁸ Vgl. bes. J. A. Hobson, *The War in South Africa. Its Causes and Effects*. London 1900; ders., *Imperialism. A Study*. London 1902.

¹⁹ Vgl. als grundlegende Biographie: Peter T. Marsh, *Joseph Chamberlain. Entrepreneur in Politics*. New Haven/London 1994. Etwas knapper, aber ebenfalls quellenfundiert: Denis Judd, *Radical Joe. A Life of Joseph Chamberlain*. Cardiff 1993.

Mai und August 1900 ein vom Unterhaus eingesetztes Select Committee on War Office Contracts elf Firmen auf Irregularitäten – etwa auf überbeuerte Preise, minderwertige Ware und Bestechung von Inspektoren. Tatsächlich konnte das Komitee in einigen Fällen Bestechungen feststellen.²⁰ Die radikalen Liberalen verdächtigten besonders die Firma Kynoch & Co, der Chamberlains Bruder vorstand, weil sie Angebote revidieren konnte und trotz hoher Preise und schlechter Qualität Zuschläge bekam. Radikale Journalisten trieben diese Vorwürfe weiter voran. Insbesondere der sozialistische Morning Leader veröffentlichte detaillierte Informationen über die minderwertige Qualität der Kynoch-Produkte und über den Aktienbesitz von 140 000 Pfund, den Chamberlains Familie an ihr habe. Detaillierte Listen über ihre Aktien veranschaulichten ihre Verstrickungen und ihren Reichtum. Ebenso berichtete das Blatt über die Geschäfte von Chamberlains Sohn, dessen Firma Hoskins & Sons bis vor kurzem die Armee ausgestattet hatte.²¹ Chamberlain, so der Vorwurf, hätte zudem aus seinem politischen Wissen bei Aktienpekulationen profitiert.

Im Unterhaus griff vor allem der junge radikale Abgeordnete Lloyd George dies auf und kritisierte den Krieg weniger aus pazifistischen Motiven denn als Akt der Korruption.²² Die liberalen Kampagnen gegen Chamberlain und den Burenkrieg wurden durch den von Lloyd George mitausgehandelten Verkauf der Daily News durch die Liberalen verstärkt.²³ Auffällig ist dabei, daß diese linksliberale Kritik durchaus antisemitische Untertöne aufwies, wenn sie sich etwa gegen den internationalen Kapitalismus von „Jewburg“ richteten.²⁴ Antideutsche Töne kamen hinzu, da bereits die Namen einiger Unternehmer eine deutsche Abstammung verrieten. Trotz dieser Mischung aus Populismus und detaillierten Finanzaufstellungen verpufften die Vorwürfe jedoch, was nicht zuletzt die geringe Wirkungsmacht des Antisemitismus in Großbritannien zeigte.

²⁰ Zur Einsetzung, Zusammensetzung und zum Bericht des Komitees vgl. Times 9. 5. 1900, 12 und 8. 8. 1900, 4. Knappe Hinweise bei: *Doig*, Corruption (wie Anm. 16), 75.

²¹ Vgl. Morning Leader 3. 8. 1900, 4 und 18. 9. 1900, 3. Vgl. zu der Schwierigkeit Chamberlains, daraus eine Verleumdungsklage zu machen, seine Aufzeichnungen vom 15. 12. 1900 in: Univ. Birmingham Special Collection JC12/2/2. Wichtige Hinweise bereits in: *Searle*, Corruption (wie Anm. 2), 52–62. Nur erstaunlich knapp erwähnt ist die Kynoch-Affäre in: *Judd*, Radical Joe (wie Anm. 19), 226; *Marsh*, Chamberlain (wie Anm. 19), 502f.

²² Gleiches galt für den Sozialisten Keir Hardie; vgl. *Kenneth O. Morgan*, Lloyd George, Keir Hardie and the Importance of „Pro-Boers“, in: South African Historical Journal 41, 2000, 290–311.

²³ Vgl. bereits: *John Grigg*, Lloyd George and the Boer War, in: A. J. A. Morris (Ed.), Edwardian Radicalism 1900–1914. Some Aspects of British Radicalism. London 1974, 13–25; *Stephen Koss*, Fleet Street Radical. A. G. Gardiner and the Daily News. London 1973, 40.

²⁴ Vgl. die Hinweise bei: *Colin Holmes*, Anti-Semitism in British Society 1876–1939. London 1979, 67–69.

Erfolgreicher war die Aufdeckung von Korruption in Südafrika nach Kriegsende, als die patriotische Kriegsbegeisterung abflaute. Der sogenannte War Stores Scandal, der von 1904 bis 1906 die Öffentlichkeit beschäftigte, läßt sich dabei als eines der wichtigsten öffentlichen Nachgefechte zum Burenkrieg fassen. Nicht die Kriegsgewalt oder die Bereicherung von Ministern führten zu einer breiten öffentlichen Empörung, sondern die Verschwendung von Steuergeldern durch korrupte Handlungen.²⁵ Zu ihnen kam es während der Kriegsabwicklung, die mit großen finanziellen Transaktionen einherging. Da sich die Truppen in Südafrika aus eigenen staatlichen Farmen versorgt hatten, führte ihr Abzug zu umfangreichen Verkäufen von überschüssigen Lebensmitteln, Tieren, Ausrüstungsteilen und Ländereien, aus denen sich die Regierung insgesamt über 9 Millionen Pfund erhoffte.²⁶ Daß es bei diesen unüberschaubaren Aktionen zu Unregelmäßigkeiten und privaten Vorteilsnahmen kam, deuteten am 4. Juni 1904 Berichte in der Daily News und der Times an, die auf ein Gerichtsurteil in Südafrika verwiesen. Wie die Blätter meldeten, hatte der Bruder des südafrikanischen Leiters der Truppenversorgung, Oberst Morgan, für 300 Pfund Spreu aus Armeebeständen verkauft, dann jedoch wieder die gleiche Menge Spreu für rund 2300 Pfund zurückgekauft und den Gewinn mit den beteiligten Händlern und Offizieren geteilt.²⁷ Da der Oberst angeblich auch 300 Pfund erhielt, erschien er beiden Zeitungen als Teil eines kolonialen Korruptionssystems, bei dem nur die Spitze des Eisberges zufällig entdeckt worden sei. Die Daily News prägte bereits mit der ersten Überschrift anklagend den Begriff „War Stores Scandal“, den der Fall auch in den nächsten Jahren behalten sollte. Um die Leser emotional aufzuwühlen, formulierte sie gleich beim ersten Bericht das zentrale Argument des Skandals: „The British public must remember that it's their pockets which are being plundered.“²⁸

Im Unterhaus bedienten sich die liberalen Abgeordneten ebenfalls der Steuerzahler-Rhetorik. Unter Verweis auf die Medienberichte wiesen sie auf die Verschwendung von Militäreigentum hin, „for which the ratepayers of this country had to pay“.²⁹ Auch bei den Verleumdungsprozessen, die der Oberst gegen die beiden Zeitungen führte, richteten beide Seiten ihre Appelle an die Steuerzahler: Während Morgan betonte, seine sparsame Verwaltung habe den Briten zwei Millionen Pfund erspart, betonte die Daily News in ihren Kommentaren, „the matter affects the administration of hundreds of

²⁵ Die Literatur zum Kolonialismus hat den *War Stores Scandal* bislang weitgehend übergangen. Lediglich einige Hinweise in: Searle, Corruption (wie Anm. 2), 75–79.

²⁶ Detaillierte Angaben in: Memorandum Wilson/Director of Army Finance o. D., in: TNA WO 32/9260; Memoranda Butler 21. I. 1905, in: TNA WO 108/383, 46.

²⁷ Daily News 4. 6. 1904, 4; Times 4. 6. 1904, 7.

²⁸ Daily News 4. 6. 1904, 4.

²⁹ So der Ire *Swift MacNeill*, in: Hansard's Parliamentary Debates. Vol. 138, Sp. 1039 (25. 7. 1904).

thousands of pounds worth of goods paid, for and belonging to the people of this country“.³⁰ Obgleich das Gericht den Oberst in beiden Prozessen davon freisprach, an diesem korrupten System beteiligt gewesen zu sein, urteilte die Jury im Prozeß gegen die Times, „that the trial reveals a very lax state of affairs, and urge a rigid investigation on the part of the Government“.³¹ Da Medien, Parlament und Gericht unhaltbare Zustände ausmachten, war die Regierung zum Handeln gezwungen.

Die Regierung nahm auch in diesem Fall die Vorwürfe äußerst ernst, zumal sie das Vertrauen in die Kolonialpolitik und die Regierung schmälerten. Sie leitete sofort Maßnahmen und umfangreichere Untersuchungen ein.³² Schon vor den Prozessen hatte sie eine Untersuchungskommission eingesetzt, um die Abwicklung der Militärbestände zu prüfen. Obgleich in dem kleinen Gremium nur hohe Militärs saßen, legte es bereits im Juni 1905 einen kritischen öffentlichen Bericht vor, wie er im deutschen Kaiserreich undenkbar gewesen wäre. Auch dieser umfangreiche Bericht, den selbst regierungsnahe Blätter wörtlich abdruckten, wies eingangs bissig auf die Last der Steuerzahler hin: „Are the tax-payers of this country to continue to be the sport of the many questionable contractors who are ready to follow their several advocations in the wake of the war [...]?“³³ Seit 1902, so das Fazit des Berichtes, sei fortlaufend versucht worden, die Bestände zu möglichst geringen Preisen an einen kleinen Kreis von Abnehmern zu verkaufen und dann häufig zu hohen Preisen von Zwischenhändlern zurückzukaufen.³⁴

Besonders die liberale Medienöffentlichkeit reagierte auf diese Enthüllungen mit scharfen Angriffen. Die radikal-liberale Reynolds's Newspaper beschuldigte die Regierung Balfour, die Wahrheit zu verdecken, das Unterhaus nicht informiert zu haben und jene zu unterstützen, „[who] have been stealing the money wrung from the poor in war taxation“.³⁵ Ihre Forderung, die Regierung per Impeachment zu entlassen oder im Strafgericht Old Bailey zu verurteilen, zeigte den scharfen populistischen Ton. Sowohl der Kriegsverlauf als auch die seit 1886 währende Dominanz der Konservativen führten zu dieser für England ungewöhnlich polarisierten Kommunikationsweise, die sich weiter zuspitzte. Reynolds's Newspaper sprach nun regelmäßig von „The Thieves' Government“, die sich wie die russische Regierung mit Ge-

³⁰ Daily News 2.3.1905, 12.

³¹ Times 7.4.1905, 3.

³² Vgl. Secretary of State of War an General Officer Commanding Pretoria 6.6.1904 und 20.7.1904, in: TNA WO 108/384; Memorandum o. D., in: TNA WO 32/9260.

³³ Report of Committee Appointed by the Army Council to Consider the Question of Sales and Refunds to Contractors in South Africa, 1905, 59. Vgl. Times 15.6.1905, 3f. u. 9. Das gesamte Blue-Book des Berichtes umfaßte 530 Seiten.

³⁴ Evidence Ward, in: TNA WO 32/9260, 21; Vgl. auch die öffentliche Bewertung in: Times 17.6.1905, 12.

³⁵ Reynolds's Newspaper 18.6.1905, 1.

walt an der Macht halte und den Steuerzahler um 7 000 000 Pfund betrogen habe – obgleich dies nur der geschätzte Verkaufswert aller Kriegsbestände war.³⁶ Gerade in Großbritannien, wo im Parlament der Respekt gegenüber jedem Abgeordneten zentral war, bildete diese Gleichsetzung mit Dieben einen Affront, der nur über die Medien, nicht aber im Parlament sagbar war. Dennoch arbeiteten Presse und Politik weiter eng zusammen. So kündigte der liberale Oppositionsführer Campbell-Bannermann dem Herausgeber der *Daily News* schon vorher an, was er Premierminister Balfour im Unterhaus fragen werde.³⁷ Visualisiert wurde der erdrückte Steuerzahler in den Karikaturen des *Punch*, der die südafrikanischen Profiteure als Schlange darstellte, die den Steuerzahler als Hasen verspeiste, der sich mit Geld und Verträgen wehrt.³⁸ Lediglich das angeblich besonders unabhängige und skandalorientierte Boulevardblatt *Daily Mail* ignorierte die Vorwürfe und stützte die Regierung, indem es auf Fehler in dem Untersuchungsbericht hinwies, die Parlamentsberichte unkommentiert ließ und die Artikel mit wohlwollenden Überschriften versah.³⁹ Dies zeigte einmal mehr, daß man mediengeschichtlich nicht mit heutigen Annahmen über bestimmte Zeitungen operieren sollte, sondern daß diese in hohem Maße von den politischen Vorlieben ihrer Verleger abhingen.

Charakteristisch für Großbritannien war, daß die Regierung mit weiteren Untersuchungen und mit Sanktionen reagierte. Bereits nach dem Bericht entließ sie einige Offiziere in Südafrika. Da sich auch im Unterhaus die Klagen über die Verschwendung von Steuergeldern häuften, setzte die Regierung zudem in Abstimmung mit König Edward VII. eine Royal Commission ein, die eidesstattliche Erklärungen forderte und alle Käufe und Verkäufe zwischen 1902 und 1904 überprüfte.⁴⁰ Nicht minder bereitwillig stellte das Kriegsministerium umfangreiche Auflistungen zur Verfügung.⁴¹ Die Vernehmung von zahlreichen prominenten Zeugen, wie sogar des Kriegsministers selbst, hielt das Thema ein weiteres Jahr in der Öffentlichkeit.⁴² Sie machte zahlreiche weitere Korruptionsverdächtige aus, was zu verschiedenen Suspensionen führte.⁴³ Ihr Bericht bestätigte fast alle bisherigen Vorwürfe.

³⁶ Zit. Reynolds's Newspaper 2. 7. 1905, 1. Über „The Thieves' Government“, das der Korruption überführt sei, sprach fast jede ihrer Ausgaben im Juli und August 1905.

³⁷ Campbell-Bannermann an Gardiner 16. 6. 1905, in: LSE NL Gardiner 1/6.

³⁸ *Punch* 21. 6. 1905.

³⁹ Vgl. etwa: *Daily Mail* 17. 7. 1905, 5 und 22. 7. 1905, 3.

⁴⁰ Vgl. Bericht Balfour an Edward VII. und Kabinettsprotokoll. 22. 6. 1905, in: TNA CAB 41/30/23. Von den zahlreichen Unterhausdebatten hierzu vgl. bes. die Sitzungen zwischen dem 21. 6. 1905 und 4. 7. 1905, vor allem 26. 5. 1905, in: Hansard's Parliamentary Debates, Vol. 148, Sp. 79–367.

⁴¹ Vgl. Akten wie in: TNA WO 108/ 383 bis 386.

⁴² 75 Zeugen wurden an 26 Sitzungstagen vernommen; *Times* 10. 8. 1906, 4f.

⁴³ Ward an Royal Commission 27. 1. 1906, in: TNA WO 32/9258; Ward an Royal Commission 28. 12. 1905, in: TNA WO 108/384.

Die Mißwirtschaft hatte demnach das Land zwischen 750000 und 1250000 Pfund gekostet und nur Profit für einige „Commissioned officers“ und viele „Non-commissioned officers“ gebracht. Er zeigte die chaotische Kommunikation zwischen dem War Office und der Verwaltung in Südafrika und belegte erneut das Fehlen wichtiger Dokumente.⁴⁴ Vor allem dokumentierte er die Bestechung zahlreicher Militärbeamter, die für Geldgeschenke Waren unter Preis verkauft hatten.

Die Bestechungssummen betragen bei einigen Beschuldigten 100, 200 oder 500 Pfund, also oft mehr als ihre Monatsgehälter. Andere erhielten mehrmals kleine Beträge von nur ein bis zwei Pfund, um Aufträge zu steuern.⁴⁵ Gerade die kleinen Bestechungssummen verweisen darauf, daß sich die korrupten Praktiken oft in einem grauen Bereich zwischen Freundschaftsdienst und persönlicher Vorteilsnahme bewegten. Wie bei anderen Korruptionsfällen zeigte sich damit, daß es keine feste Summe der Käuflichkeit gab, sondern oft symbolische Beträge ausreichten. Gerade weil das korrupte Handeln von den Beteiligten kaum als Straftat wahrgenommen wurde, fielen die Summen mitunter gering aus. Umgekehrt formuliert: Gerade die Etablierung von Korruptionsnormen durch derartige Skandale dürfte in späteren Fällen die Beträge erhöht haben, die für die Senkung von Hemmschwellen nötig waren.

Der Fall belegt vor allem die bemerkenswerte Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstreinigung der britischen Politik. Obgleich die Kommissionsmitglieder der Regierung nahestanden, führten ihre Recherchen zu derart unliebsamen Ergebnissen. Damit riskierte Balfours Regierung, sich der öffentlichen Empörung auszusetzen. Tatsächlich kritisierte selbst die regierungsnahe Times in ihrer Bilanz die Mißwirtschaft und Gleichgültigkeit gegenüber Steuergeldern, die das Kriegsministerium nicht verhindert habe, auch wenn die Regierung selbst nicht korrupt sei.⁴⁶ Die Folgen waren beträchtlich. Die Berichte förderten den Ansehensverlust der konservativ-unionistischen Regierung, der sich auch in anderen Politikfeldern abzeichnete. Da sie bei den verschiedenen Abstimmungen keine Mehrheit mehr bilden konnte, forcierte der Korruptionsvorwurf den Triumph der liberalen Opposition und Rücktrittsforderungen an Premierminister Balfour.⁴⁷ Ende des Jahres zerbrach die Regierung schließlich ganz und verlor bei den anschließenden Wahlen erdrutschartig an die Liberalen. Diesen Verfall erklärte die bisherige Forschung gewöhnlich mit den Konflikten über den Freihandel, über Gewerk-

⁴⁴ Report of the South African War Stores Commission 15.10.1906, in: TNA WO 32/9259.

⁴⁵ Memorandum o.D., in: TNA WO 32/9259.

⁴⁶ „They were guilty of irresponsibility, indifference to public interest, and want of intelligence“; Times 10.8.1906, 7. Ähnlich auch: Times 30.8.1906, 10; Times 17.10.1906, 7; Times 31.12.1906, 6.

⁴⁷ Daily Mail 21.7.1905, 5.

schaftsrechte und über billige chinesische Arbeiter in Südafrika. Die „taxpayer“-Kampagne im Zuge des War Stores-Scandal dürfte jedoch ebenfalls einen größeren Anteil daran gehabt haben.⁴⁸

Welche vergleichsweise starke reinigende Kraft die britische Öffentlichkeit und Regierung ausübten, belegten auch die personellen Konsequenzen des Korruptionsfalles. Zwölf Personen aus der Militärverwaltung, darunter ein Oberstleutnant, wurden entlassen, fünf pensioniert und zwölf getadelt.⁴⁹ Noch schwerer wog vermutlich, daß die Presse ihre Namen veröffentlichte.⁵⁰ Einen Tadel erhielten diejenigen, die lediglich Armeebestände zu schlechten Preisen verkauft hatten oder sich von den Käuferfirmen dafür Kredite hatten geben lassen. Entlassen wurde, wer Geld von den Agenten der Käufer angenommen hatte. Vor allem setzte der Fall Normen für das künftige Verhalten in den Kolonien. Die große Zahl von bestochenen Offizieren machte deutlich, wie unproblematisch dort bisher korrupte Geschenke erschienen waren. Dagegen verfestigten die rigorosen Untersuchungen, die Entlassungen und die öffentliche Empörung die Norm, daß auch in Afrika ein derartiges Verhalten nicht mehr tolerierbar war und von der heimischen Öffentlichkeit geahndet wurde. Die Kritik an der nachlässigen Aktenführung legte zudem für die Kolonien heimische Bürokratiestandards fest. Der sparsame Umgang mit Steuermitteln wurde ebenfalls zur „Leitlinie“ erhoben.

Die Debatte setzte nicht nur Normen, sondern förderte auch Gesetzesreformen. Die Verschärfung des Prevention of Corruption Act gehörte 1906 zu den ersten Handlungen der neugewählten liberalen Regierung, mit der sie Bestechungen über den Kreis des öffentlichen Dienstes hinaus unter Strafe stellte.⁵¹ Im Zuge der Strafverschärfung machten die Behörden zahlreiche Korruptionsformen des Alltags aus. Hierzu zählten Bestechungen von Polizisten und Verwaltungsmitarbeitern, die von hohen Geldsummen bis hin zu einem Paket Fleisch reichten. Ebenso wurden aber auch Fälle bestraft, bei denen keine Staatsdiener beteiligt waren, etwa die Bestechung von Fußballern, Hotelangestellten (um Adressen von Gästen zu erhalten) oder Firmenangestellten (um Informationen über das Unternehmen zu bekommen). Die Strafen hierfür waren mit meist ein bis drei Wochenlöhnen nicht übermäßig hoch.⁵² Wichtiger war vermutlich das Signal, daß Bestechung generell strenger geahndet werden sollte.

⁴⁸ In den gängigen Darstellungen zum Regierungswechsel finden sich keine Hinweise auf den War Stores Scandal. Vgl. etwa die umfassende Wahlkampfstudie von: A. K. Russell, *Liberal Landslide. The General Election of 1906*. Newton/Hamden 1973.

⁴⁹ Report of the South African War Stores Commission 15.10.1906, in: TNA WO 32/9259.

⁵⁰ Times 16. 10. 1906, 9.

⁵¹ TNA HO 45/10909/R614; Doig, *Corruption* (wie Anm. 16), 77.

⁵² Convictions under the Prevention of Corruption Act, in: TNA HO 45/10909/R614; Law Times 16. 1. 1909.

III. Konservative Kampagnen gegen „Radical Plutocrats“

Seit 1906 veränderte sich diese Auseinandersetzung mit der Korruption. Die Korruption in den Kolonien geriet aus dem Blickwinkel. Statt dessen warfen nun die Konservativen den Liberalen vor, ihre politische Stellung mit korrupten Beziehungen auszubauen. Diese Verschiebung der Debatte erklärt sich zunächst aus dem Machtwechsel in der Downing Street, der den polarisierten Politikstil weiter forcierte.⁵³ Da die Tories durch den Zollstreit und die Wahlniederlage von 1906 zerstritten waren und ihr Vorsitzender Arthur Balfour an Autorität verlor, versprachen scharfe emotionale Kampagnen gegen die angebliche Korruption der Liberalen neuen Zusammenhalt. Besonders der neue Tory-Vorsitzende Bonar Law setzte seit 1911 ganz auf eine polarisierende Agitation gegen die liberale Regierung, um die neu zusammengeschlossenen Konservativen und Unionisten zu einen.⁵⁴ Die gerade erst gegründete Bribery Prevention League hielt das Thema mit Vorträgen und massenhaft publizierten Schriften in der Öffentlichkeit.⁵⁵ Die harten politischen Konflikte und Krisen um 1910 verschärfen das ohnehin polarisierte Klima zwischen den Parteien zusätzlich. Hierzu zählten insbesondere die Auseinandersetzung über die Steuerreform, die Entmachtung des Oberhauses, die Arbeiterstreiks, die komplizierte internationale Lage im Vorfeld des Krieges und der erneute Versuch, die irische Home Rule umzusetzen. Nicht nur die Reformpolitik der Liberalen zielte dabei auf den Erhalt von Arbeiterstimmen, welche die neu gegründete Labour Partei abzuwerben drohte; das gleiche galt für die Korruptionskampagnen der Konservativen.

Die bisherige liberale Korruptionskritik an den Konservativen hatte die moralische Meßlatte der neuen Regierung recht hoch gelegt. Die Konservativen knüpften an die bisherigen Kampagnen der Liberalen an. Ebenso standen sie in der Tradition der „Old Corruption“-Agitation hundert Jahre zuvor. Sie warfen den Liberalen vor, seit ihrem Regierungsantritt ein korruptes Patronagesystem entwickelt zu haben. Loyale liberale Unternehmer, die der Partei Großspenden zukommen ließen, würden dafür Aufträge, Orden und Nobilitierungen erhalten. Einzelne fragwürdige Ehrungen, wie die für einen Firmendirektor, der der Marine defekte Ruder geliefert hatte, verbanden die Tories bereits 1907 mit der generellen Frage, ob diese Auszeichnungen mit Spenden an den liberalen Parteifonds zusammenhingen.⁵⁶ Derartige Be-

⁵³ Zu dieser Wahlniederlage vgl. *Russell*, *Liberal Landslide* (wie Anm. 48). Nachdem sie lange Zeit Balfour angelastet wurde, betont nun E. H. H. Green ihre Ursache in einem längerfristigen Niedergang der Konservativen seit den 1890er Jahren; *E. H. H. Green*, *The Crisis of Conservatism. The Politics, Economics and Ideology of the British Conservative Party, 1880-1914*. London/New York 1995, 308f.

⁵⁴ *Green*, *The Crisis of Conservatism* (wie Anm. 53), 310.

⁵⁵ Vgl. *Searle*, *Corruption* (wie Anm. 2), 104.

⁵⁶ Zum Einsetzen der Debatte vgl. *Times* 12. 7. 1907, 6 und 16. 7. 1907, 6.

schuldigungen hatten sie bereits während der kurzen liberalen Regierungszeit von 1892 bis 1895 aufgebracht. Tatsächlich hatten seit den 1890er Jahren jedoch alle Parteien ihren stark gestiegenen Finanzbedarf mit Nobilitierungen und Ehrungen aufgebessert, die ihre Unterstützer belohnten.⁵⁷

Zudem verspotteten die Konservativen die Liberalen nun regelmäßig als „Radical Plutocrats“. Der Vorwurf der Doppelmoral sollte das eigene Image der Tories aufbessern, die Partei der Oberschicht zu sein.⁵⁸ So karikierten die konservativen Blätter, wie die *National Review* und *Our Flag*, liberale Spitzenpolitiker als neureiche verschwenderische Millionäre. Lloyd George stellten sie etwa als Villenbesitzer und Golfspieler in Nizza dar und Churchill als Hummer- und Kaviaresser.⁵⁹ Ebenso sprachen ihre Pamphlete vom „gigantic wealth“ der „Radical Plutocrats“, die weit vermögender seien als die konservativen Politiker und deshalb erklären sollten, inwieweit sie von einzelnen Regierungsentscheidungen profitierten.⁶⁰ In den Debatten verglichen die Konservativen die Bedrohung durch die „radikalen Plutokraten“ sogar explizit mit den spektakulären Fällen der „Old Corruption“ im 19. Jahrhundert.⁶¹ Mit diesen Vorwürfen konnten die stark gespaltenen Konservativen unterschiedliche Schichten ansprechen. Der Angriff gegen die „radikalen Plutokraten“ appellierte erstens an die Ressentiments der alten Eliten gegenüber sozialen Aufsteigern, zweitens an das Arbeitsethos der Mittelschichten und drittens an das Klassenbewußtsein von Unterschichten. Man wird diese Rhetoriken somit als ein wichtiges Element jener programmatischen Transformation der Konservativen sehen müssen, die sich jenseits der „landed interest“ mit sozialen Fragen profilierten.⁶²

Bei dieser Auseinandersetzung um Korruption kam es erneut zu einer Arbeitsteilung zwischen Politikern und Journalisten. Die konservativen Korruptionskampagnen gegen liberale Politiker betrieben vornehmlich Journalisten, die den Tories nahestanden. Besonders der Herausgeber der *National*

⁵⁷ Zur öffentlichen Kritik in den 1890ern vgl. *Times* 1.7.1895, 9; *Truth* 38, 1895, 137. Zu den Titelverkäufen der Parteien vgl. *T. A. Jenkins*, *The Funding of the Liberal Unionist Party and the Honours System*, in: *English Historical Review* 105, 1990, 920-938; *H. J. Hanham*, *The Sale of Honours in Late Victorian England*, in: *Victorian Studies* 3, 1960, 277-289.

⁵⁸ So auch die explizite interne Begründung für die Kampagne; Maxse an Tryron o.D. [1912], in: *West Sussex Record Office*, *Maxse Papers* 467.

⁵⁹ *Our Flag* Febr. 1912, 26; *National Review* 60, 1912, 38.

⁶⁰ Vgl. die Broschüren in: *West Sussex Record Office*, *Maxse Papers* 467. Die Rhetorik über die radikalen Plutokraten läßt sich bereits vor dem Regierungswechsel ausmachen; vgl. etwa den Leserbrief Frederick Milners in: *Times* 6.1.1905, 10: „I venture to assert that if the incomes of the Unionist members of Parliament were added up they would only make a poor show against the income of many wealthy men who sit on the radical side of the House.“ Auch er verweist auf Yachten, Villen u. ä.

⁶¹ Vgl. etwa *Times* 25.6.1907, 6.

⁶² Zur programmatischen Transformation der Konservativen generell *Green*, *The Crisis of Conservatism* (wie Anm.53).

Review, Leopold Maxse, organisierte sie, da er vom unmoralischen Machtstreben der Liberalen überzeugt war.⁶³ Um die Kampagnen der Konservativen systematisch zu organisieren, gründete Maxse die „Radical Plutocracy Enquiry“. In deren Vorstand waren zwar Abgeordnete, allerdings übernahm der Journalist als Sekretär die eigentliche Arbeit. Zur Sammlung von skandalösen Hinweisen über die vermeintlichen „radical plutocrats“ verschickte er 1912 ein Rundschreiben an alle Abgeordneten und weitere konservative Repräsentanten, das in einem langen Fragebogen denunziatorische Hinweise erbat, um korrupte Formen der Bereicherung auszumachen. Der Fragenkatalog begann mit den Worten: „I. Are there any Radical millionaires or quasi millionaires or Radicals who pass for being plutocrats in your neighbourhood or have you any knowledge of such persons elsewhere? II. Have any of them received any ‚honours‘ since the Radical Party came into office in November 1905 [...]“. ⁶⁴ Zudem fertigte sein Komitee eine Liste „of possible Plutocrats among radical members of the House of Commons“ an, die über 70 Abgeordnete umfaßte und dann dank der eingehenden Hinweise auf über 200 anwuchs. Erwartungsgemäß trugen die vielfältigen Antworten gehässigen Klatsch über das Privatleben von reichen Liberalen zusammen, der mitunter auch antisemitisch gefärbt war. So verlangte ein Antwortschreiben „a closer investigation of those Hebrew gentlemen (your friends) who live in this country and do not pay income tax and of course escape all local taxation“. ⁶⁵ Durch den Fragebogen versuchte der Journalist eine Art Kartei zusammenzustellen, um die Medien und konservative Politiker mit skandalösen Informationen zu versorgen. Gerade dieses Beispiel zeigt somit, daß auch in der scheinbar parteiunabhängigen britischen Presse durchaus Journalisten als aktive Akteure in parteipolitischen Auseinandersetzungen agierten.

Wie ernst die Liberalen dies nahmen, zeigte sich bereits darin, daß das Innenministerium alle Verurteilungen wegen Korruption zusammenstellte, um auf Anfragen vorbereitet zu sein.⁶⁶ Auch bei den Nobilitierungen agierte der liberale Premierminister Asquith vorsichtiger. Als Churchill etwa in Rücksprache mit Northcliffe vorschlug, einige liberale Journalisten mit Ehrungen auszuzeichnen, lehnte Asquith dies sogleich ab, um nicht in den Verdacht der Begünstigung zu geraten.⁶⁷ Der Erfolg dieser organisierten Anti-Korruptions-

⁶³ Vgl. seinen Duktus in: Maxse an Northcliffe 24. 2. 1913, in: BL Northcliffe Papers Add. 62175:56.

⁶⁴ West Sussex Record Office, Maxse Papers 467.

⁶⁵ An Maxse 19. 10. 1912, in: West Sussex Record Office, Maxse Papers 467; ein anderer Brief richtete sich gegen „German Jews [...] abusing the hospitality of their adopted country“, in: ebd.

⁶⁶ Vgl. die Fälle in: Convictions under the Prevention of Corruption Act, in: TNA HO 45/10909/R614.

⁶⁷ Churchill an Asquith 12. 8. 1912, in: Churchill Archives Centre CHAR 2/57/30-32; Asquith an Churchill 16. 8. 1912, in: Churchill Archives Centre CHAR 2/57/33.

kampagne blieb jedoch vorerst begrenzt, da sie kaum substantielle Vorwürfe vorbrachte. In ihrer breiten und suggestiven Pauschalität förderte sie eher generelle Vorurteile und Verdächtigungen.

IV. Jüdische Verschwörungen? Kampagne und Praktiken im Marconi-Skandal

Wie sehr sich derartige Verdächtigungen von den tatsächlichen korrupten Praktiken unterschieden, läßt sich entlang des Marconi-Skandals zeigen. Der Fall, der die britische Öffentlichkeit 1912/13 fast ein Jahr lang beschäftigte, läßt sich als Ergebnis und Höhepunkt der seit 1906 eingeleiteten konservativen Kampagnen gegen die „Radical Plutocrats“ verstehen.⁶⁸ Er entwickelte sich aus der Kritik an einem Vertrag, den die liberale Regierung 1913 mit Marconi's Wireless Telegraph Company ausgehandelt hatte, um das Empire mit drahtlosen Telegraphenstationen auszustatten. Die konservative Opposition beklagte, Marconi bekomme zuviel Geld, liefere aber nicht die besten Anlagen und erhalte quasi ein Monopol. Seit dem Sommer 1913 verbanden einzelne konservative Journalisten dies mit dem antisemitischen Gerücht, der Vertrag belaste die Steuerzahler übermäßig, weil der Manager von Marconi der Bruder des Kronanwalts Rufus Isaacs sei. Da beide, ebenso wie der zuständige Postminister Herbert Samuel, Juden seien, bereicherten sie sich gemeinschaftlich an öffentlichen Mitteln. Zudem deuteten diese Journalisten an, Kronanwalt Isaacs, Finanzminister Lloyd George und der ehemalige liberale Fraktionsführer Lord Murray hätten durch ihr Insiderwissen über den Marconi-Vertrag Spekulationsgewinne mit Marconi-Aktien gemacht.⁶⁹ Da Lloyd George gerade durch seine Kampagnen gegen die Korruption der Konservativen seit 1900 eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erreicht hatte und dank seiner radikalen Reformansprüche besonders umstritten war, versprachen solche Vorwürfe besonderes öffentliches Interesse zu generieren.

Angestoßen wurde der Korruptionsvorwurf durch zwei kleine konservative Wochenblätter namens *Outlook* und *Eye-Witness*. Mit deutlich antisemitischem Unterton nannten sie den Postminister Samuel und den Marconi-

⁶⁸ Die bislang grundlegende Darstellung des Skandals von Frances Donaldson betrachtet den Marconi-Skandal dagegen als singuläres Ereignis und kommt sogar zu dem Fazit: „The Marconi case was an isolated incident without, it seems to me, much historical significance.“ *Frances Donaldson, The Marconi Scandal*. London 1962, 249. Eingeordnet in die Korruptionsgeschichte dagegen bei *Searle, Corruption* (wie Anm. 2), 172–200. Als Verteidigung von Lloyd George, der angeblich in den Fall hineingeschlittert sei, vgl.: *Bentley B. Gilbert, David Lloyd George and the Great Marconi Scandal*, in: *Historical Research* 62, 1989, 295–317.

⁶⁹ Zum bereits bekannten Ereignisablauf des Marconi-Skandals, der hier nicht im Detail erneut wiederholt zu werden braucht, vgl. bereits: *Donaldson, The Marconi Scandal* (wie Anm. 68).

Geschäftsführer Godfrey Isaacs „two financiers of the same nationality“, die auf Kosten der englischen Steuerzahler Gewinne machten.⁷⁰ Auch die pauschalisierenden Verweise auf ihre jüdisch klingenden Nachnamen („these Samuels and Isaacs“) zeigten einen Antisemitismus, wie man ihn eher von konservativen deutschen Zeitungen kannte.⁷¹ Die Juden wurden von beiden Zeitschriften national und rassistisch über ihr „Blut“ ausgegrenzt, welches ihr korruptes Handeln bedinge: „Like the other eminent recipient of public money he [Samuel, F. B.] is not of our blood or tradition and owes no real allegiance to the foreign state which has very unwisely hired him to serve it.“⁷² Den Liberalen hielten sie vor, durch ihre korrupte Haltung quasi Marionetten dieser Juden geworden zu sein, die Politiker und die Presse aufkauften: „We know that they [the Liberals, F. B.] sell peerages, that they sell places on the Front-Bench, that they sell policies. We know that a rich financier, though an alien and an unsavoury one at that, can get hold of a politician just as he gets hold of a racehorse.“⁷³ Wie der Besitzer des *Eye-Witness* einige Monate später vor dem Untersuchungsausschuß aussagte, war diese antisemitische Stoßrichtung durchaus ein Hauptziel der Kampagne.⁷⁴

Der Antisemitismus knüpfte damit an Stereotype über jüdische Börsenhändler und Aufsteiger an, die sich bereits in den Kampagnen gegen den Burenkrieg angedeutet hatten. Er stand im Kontext einer neuen radikalen Rechten, die sich im Zuge der verstärkten jüdischen Einwanderung aus dem Zarenreich Ende des 19. Jahrhunderts formierte.⁷⁵ Der antisemitische Akzent korrespondierte mit den vorherigen Skandalen in Frankreich. Besonders der Panama-Skandal und die Dreyfus-Affäre prägten europaweit bei der politischen Rechten Imaginationen über die jüdische Macht. So glaubten die Verleger und Redakteure des *Eye-Witness*, England sei einer ähnlichen jüdischen Verschwörung ausgesetzt, wie sie sich angeblich in Frankreich beim Dreyfus-Skandal gezeigt habe.⁷⁶ Daß ausgerechnet Belloc dies aus Frankreich nach Großbritannien transferierte, hing auch mit seiner Sozialisation zusammen: Bellocs Vater war Franzose, und durch seine enge Verbin-

⁷⁰ Outlook 20. 7. 1912.

⁷¹ Eye-Witness 8. 8. 1912, 227.

⁷² Eye-Witness 15. 8. 1912, 257; vgl. ebenso Eye-Witness 8. 8. 1912, 227-230.

⁷³ Eye-Witness 17. 10. 1912, 545f.

⁷⁴ „The real motives are an attack upon Jews as Jews.“ Aussage Granville in: Select Committee, in: BT Archives POST 88/34, 411.

⁷⁵ Arnd Bauerkämper, Die „radikale Rechte“ in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945. Göttingen 1991, 82-87.

⁷⁶ So schrieb Granville am 6. 4. 1913 an das Select Committee: „I am in short in a position to unmask a conspiracy as dangerous to England as the Anti-Dreyfus agitation was to France. This can be done by me telling the story of the ‚Eye-Witness‘ (which I financed from its start up to September last year) with special reference to the period.“ Aussage in: BT Archive POST 88/34, 411.

dung zu Frankreich hatte er vor Ort die dortigen Bestechungsskandale erlebt. Da Herbert Samuel und Rufus Isaacs zu den ersten gläubigen Juden auf britischen Ministerposten zählten und sich das Londoner Politikumfeld erst schrittweise für Juden öffnete, hatte diese Korruptionskampagne grundsätzlich eine ähnliche Stoßrichtung wie die Dreyfus-Affäre: Es ging darum, welche Rolle Juden im öffentlichen Leben spielen durften.⁷⁷

Bemerkenswerterweise griffen jedoch lediglich einzelne kleinere konservative Wochenzeitungen die antisemitischen Vorwürfe auf, wie die *National Review*, *New Age* und der *Spectator*.⁷⁸ Die großen Tageszeitungen wie die *Times* erwähnten die Vorwürfe zunächst weder negativ noch positiv, sondern ignorierten sie. Ebenso sahen die verleumdete Minister von Klagen ab, um den Blättern keine Aufmerksamkeit zu geben. Daß die Korruptionsvorwürfe antisemitisch waren, erwies sich damit für die Liberalen als vorteilhaft, da es die Angriffe insgesamt entwertete. Die konservativen Abgeordneten distanzieren sich auch im Parlament explizit von den Vorwürfen und referierten sie lediglich. Zugleich betonten sie aber, daß sie untersucht werden müßten.⁷⁹ Selbst in diesem besonders polarisierten politischen Klima hielten sich die britischen Politiker damit an den parlamentarischen Kodex, politische Gegner als „honourable gentlemen“ anzusprechen. Intern gab es jedoch mitunter einen latenten Hang dazu, Juden mit Korruption zu verbinden. Der führende konservative Journalist Loe Strachey vom *Spectator* verwahrte sich etwa gegen jeden Antisemitismus, meinte aber zugleich: „I am afraid that there is an inveterate habit in the Jewish mind, no doubt the result of prosecution, of holding that one Jew must always give a helping hand to another Jew in the financial line.“⁸⁰ Eine dominante Wahrnehmung war dieser Antisemitismus jedoch auch bei den Konservativen nicht, selbst wenn man dessen Präsenz höher veranschlagen muß als es lange üblich war.⁸¹ Da sich

⁷⁷ Vgl. generell zu Isaacs Biographie *Denis Judd*, Lord Reading. Rufus Isaacs, First Marquess of Reading, Lord Chief Justice and Viceroy of India 1860–1935. London 1982. Der frühere Premierminister Disraeli stammte zwar aus einem jüdischen Elternhaus, war aber getauft.

⁷⁸ Vgl. *National Review* Sept. 1913. Hier hieß es in Anlehnung an den *Outlook*-Artikel: „The Postmaster-General for the time being bears the name of Samuel. Here we have two financiers of the same nationality pitched against each other, with a third in the background, acting, perhaps, as mutual friends.“ Zurückhaltender dagegen der *Spectator* 7. 9. 1913 und 14. 9. 1913.

⁷⁹ Vgl. die Formulierungen in den Anfragen von Norman, Archer-Shee und Lansbury bes. *Hansard's Parliamentary Debates*. Vol. 42, Sp. 667, 697 u. 712f. (11. 10. 1912). Vgl. auch *Times* 12. 10. 1912, 6.

⁸⁰ Strachey an Dicey 23. 3. 1913, in: House of Lords Record Office, Strachey Papers, S5/6/9.

⁸¹ Vgl. als internationale Vergleichsstudie, die auch den Antisemitismus in England betont: *Herbert A. Strauss* (Ed.), *Germany – Great Britain – France. (Hostages of Modernizations. Studies on Modern Antisemitism 1870–1933/39, Vol. 3.)* Berlin 1993. Einen relativ starken Antisemitismus bei britischen Akademikern sieht vergleichend auch:

schnell zeigte, daß die antisemitischen Korruptionsvorwürfe gegen Postminister Samuel lediglich auf Gerüchten beruhten – wie auch die beteiligten Journalisten später öffentlich zugeben mußten – stärkte die Korruptionskampagne nicht den Antisemitismus, sondern schwächte die Antisemiten.⁸²

Darüber hinaus zeigten sich jedoch Formen der Vorteilsnahme, die durchaus eine reale Grundlage hatten. Wie im Lauf der Untersuchung bekannt wurde, hatten der Kronanwalt Isaacs, der Finanzminister Lloyd George und der ehemalige liberale Fraktionsführer Lord Murray tatsächlich mit Insiderwissen Spekulationsgewinne mit Marconi-Aktien gemacht und dies vor dem Parlament durch eine geschickte Formulierung verheimlicht. Der Kronanwalt Rufus Isaacs hatte von seinem Bruder, dem Marconi-Geschäftsführer, kurz vor Vertragsabschluß im April 1912 10000 Marconi-Aktien erworben, von denen er jeweils 1000 für je zwei Pfund an den Finanzminister Lloyd George und den Fraktionsvorsitzenden Lord Murray verkaufte. Letztere veräußerten davon die Hälfte zwei Tage später für drei Pfund pro Aktie und kauften mit dem Gewinn 3000 neue. Wie etwas später zufällig durch die Insolvenz eines Börsenhändlers öffentlich wurde, kaufte zudem der Fraktionsvorsitzende Lord Murray Anteile für 9000 Pfund, um Geld der liberalen Partei anzulegen.⁸³ Die Rechtfertigung der Minister, das amerikanische Unternehmen sei völlig unabhängig vom englischen und der baldige Vertragsabschluß bekannt gewesen, war wenig überzeugend. Beide Firmen lebten vom gleichen Patent und hatten zum Teil die gleiche Firmenleitung. Bereits die schnellen anfänglichen Gewinne sprachen für sich.

Erst diese Offenbarung führte zu einer emotionalen Debatte über Praktiken der Korruption und Vorteilsnahme. Die verhandelten Normen lassen sich auf vier Ebenen systematisieren. Der erste Normbruch war die irreführende Aussage der Minister gegenüber Parlament und Öffentlichkeit. Beides diskreditierte generell das Vertrauen in die Aufrichtigkeit von Politikern. Überall im Land, so der konservative *Spectator*, würde sich gefragt: „If accident can have disclosed so much, what may not accident now be concealing?“⁸⁴ Gerade die zufällige Enthüllung verstärkte den Eindruck, im Geheimen beständen größere korrupte Verschwörungen.

Zweitens sorgte für Empörung, daß Minister „private interest“ und „public duty“ vermischten. Die Begriffe blieben in der Debatte strukturbil-

Thomas Weber, Anti-Semitism and Philo-Semitism among British and German Elites. Oxford and Heidelberg before the First World War, in: English Historical Review 118, 2003, 86–120.

⁸² Aussage 24.4.1913 in Sel. Com. in: BT Archives POST 88/33; ebenso die Aussagen der Herausgeber und Lawson vom Outlook nach Aussage in: Times 7.2.1913, 4; 11.2.1913, 5; 13.2.1913, 7.

⁸³ Vgl. zu diesen Spekulationsgeschäften bereits *Donaldson, The Marconi Scandal* (wie Anm. 68), 52f.

⁸⁴ *Spectator* 14.6.1913, 1002.

dend.⁸⁵ Damit wurden generell die Grenzen zwischen Politik und privaten Geschäften verhandelt. Der Vorwurf lautete, die Minister hätten die amerikanischen Marconi-Aktien vorab zu einem besonders günstigen Preis bekommen, zu dem die Öffentlichkeit sie nicht hätte kaufen können. Ebenso wenig hätte der einfache Mann von ihrem Wertanstieg durch den bevorstehenden Vertragsabschluß mit der englischen Marconi-Firma gewußt. In Wirtschaftsfragen und Aktienkäufen, so die hier aufgebrachte Norm, seien Politiker dem „ordinary man“ gleichzustellen. Wie auch der Starjournalist und liberale Abgeordnete C. P. Scott sogleich feststellte, war die Kampagne damit der Versuch, neue Standards in der Politik zu etablieren. Denn bislang würden alle Politiker mit Aktien spekulieren, mit denen sie nicht unbedingt hantieren sollten.⁸⁶

Drittens eröffnete der Fall Einblicke in das private Vermögen der Minister und ihren Umgang mit ihm. Die Zeitungsleser erfuhren, daß ein radikaler Liberaler wie Lloyd George mit vierstelligen Beträgen jonglierte und die Minister in zwei Tagen so mehrere Jahresgehälter eines Mittelklasse-Einkommens verdient hatten. Die Stereotype, die die konservativen Kampagnen über die „radikalen Plutokraten“ veröffentlicht hatten, schienen damit tatsächlich zu stimmen. Lloyd George rechtfertigte sich sogleich, er habe insgesamt kein Vermögen mit den Aktien gemacht, sondern einige hundert Pfund verloren. Zudem legte er seine Vermögensverhältnisse offen.⁸⁷ Dennoch traf Northcliffes interne Bemerkung zu, daß diese Enthüllung nicht nur Einfluß auf Lloyd Georges Image habe, sondern auch auf seine Politik: „He cannot attack the rich as he has done in the past“, bemerkte er gegenüber Lord Riddell von der *News of the World*.⁸⁸ Da Lloyd Georges sonstiger Aktienbesitz nicht allzu groß war, fiel um so mehr auf, wie sehr er ganz auf die Firma vertraute, mit der seine Regierung gerade in Vertragsverhandlungen war.

Eine vierte Ebene betraf schließlich die Frage, wie mit Parteifinanzien umzugehen sei, da es sich hier um einen frühen Parteifinanzierungsskandal handelte. Er machte öffentlich, daß der ehemalige liberale Fraktionsvorsitzende Lord Murray ohne Wissen der Partei Gelder akquiriert hatte und diese anscheinend auf undurchsichtige Weise verwaltete. Dies schien ein Beleg dafür zu sein, daß die Kritik an dem Aufbau eines liberalen Parteivermögens durch Titelverkäufe den Tatsachen entsprach.⁸⁹ Da die Parteien erst seit den 1880er Jahren eine stärker ausgebaute Organisation entwickelten, waren solche

⁸⁵ Vgl. etwa den Minority-Report der Konservativen in: House of Lord's Record Office, *Bonar Law* 41/H/1.

⁸⁶ Scott an Lloyd George 7.6.1913, in: House of Lords Record Office, *Lloyd George Papers* C 8/1/4.

⁸⁷ In: House of Lords Record Office, *Lloyd George Papers* C 24/2/9. Zu seinem Vermögen vgl. auch: *Gilbert*, *Lloyd George* (wie Anm. 68), 44.

⁸⁸ Riddell *Diary* 1.5.1913, in: BL MS 62972.

⁸⁹ Vgl. die Position der Zeitschrift *Nation*, in: *Times* 21.6.1913, 8.

Parteivermögen bisher unbekannt und wurden zugleich als inakzeptabel deklariert. Besonders mysteriös wirkte die Parteienfinanzierung über Marconi-Aktien, weil Lord Murray, der 1912 schon aus der Politik ausgeschieden war, während der ganze Debatte geschäftlich in Südamerika blieb und deshalb im Select Committee keine Aussage machte.⁹⁰

Bemerkenswert war, wie unterschiedlich die britischen Zeitungen auf die Vorwürfe reagierten. Daß die konservativen Zeitungen und Politiker nun Korruptionsanklagen erhoben, überraschte wenig. Auffälliger war, wie zurückhaltend die unionistisch-konservativen Zeitungen von Lord Northcliffe berichteten. Sowohl seine Daily Mail als auch die Times nahmen eine recht neutrale Position ein, für die sich alle beteiligten Minister bei Northcliffe in persönlichen, recht devoten Briefen bedankten, die ihre Ehrerbietung vor dem mächtigen Verleger zeigten.⁹¹ In seinen Antworten begründete Northcliffe seine Zurückhaltung generös damit, daß er die Aktienspekulationen für nichtig halte und angesichts der Lage in Deutschland wichtigere Probleme anstünden. „Moreover, I am neither a rabid party man nor an anti-Semite“, betonte Northcliffe.⁹² Vor allem Churchill hatte Northcliffes Zurückhaltung mit Versprechungen darüber gefördert, daß es keine weiteren Enthüllungen gäbe und die Minister ihr Verhalten bedauerten.⁹³ Zudem lud er den Zeitungsbaron auf eine U-Bootfahrt ein, um das Verhältnis zu verbessern.⁹⁴ Ebenso auffällig war, wie kritiklos die liberale Presse Lloyd George und die Regierung in Schutz nahm. Die vormaligen Korruptionskritiker, wie die liberale Daily News und die radikale Reynolds's Newspaper, zeigten sich nun völlig loyal gegenüber der liberalen Regierung.⁹⁵ Damit erwies sich die britische Presse weniger als eine unabhängige vierte Gewalt, sondern vielmehr als ein symbiotisch mit der Politik verflochtener Teil der Öffentlichkeit. Die parteipolitischen Bindungen der Zeitungen nahmen eher zu, was die Verfolgung der Korruption abschwächte.

Diese enge Zusammenarbeit zwischen Presse und Politik zeigte sich erneut im Vorfeld der entscheidenden Unterhausdebatte am 18./19. Juni 1913,

⁹⁰ Die Ausgaben der Parteien waren zu dieser Zeit bereits recht beträchtlich. So gaben die Liberalen um 1910 etwa 100 000 Pfund für ihren Wahlkampf aus: *Terence A. Jenkins, Parliament, Party, and Politics in Victorian Britain*. Manchester 1996, 106.

⁹¹ Gedruckt sind diese Briefe zumindest in Auszügen in: *Reginald Pound/Geoffrey Harmsworth, Northcliffe*. London 1959, 442.

⁹² Northcliffe an Lloyd George 24.3.1913, in: House of Lords Record Office, Lloyd George Papers C 6/8/1 A.

⁹³ Northcliffe an Churchill 8.6.1913, in: Churchill Archive Centre CHAR 2/62/39.

⁹⁴ Churchill an Northcliffe 9.4.1913, in: Churchill Archives Centre CHAR 28/117; Northcliffe an Churchill 11.4.1913, in: Churchill Archives Centre CHAR 2/62/27. Northcliffe an Churchill (Abschrift) o.D. [nach März 1913], in: House of Lords Record Office, Lloyd George Papers C 3/15/20.

⁹⁵ Zum guten Verhältnis von George Cadbury zu Lloyd George noch aus der Anti-Burenkriegskampagne her vgl. *Koss, Fleet Street Radical* (wie Anm. 23), 118.

die den Bericht des Untersuchungsausschusses diskutierte und den Kulminationspunkt der Korruptionsaffäre bildete. Die Journalisten versorgten einerseits die ihnen nahestehenden Politiker mit Ratschlägen und Material.⁹⁶ Andererseits nahm ihre ausführliche Vorberichterstattung zur Debatte bereits die wichtigsten Schlagabtausche der Unterhaussitzung vorweg und ergänzte sie um neue Korruptionsvorwürfe. So behauptete die konservative *Morning Post*, der vormalige Fraktionssprecher Lord Murray habe 20000 Pfund Parteigelder in einer mexikanischen Ölfirma angelegt, die mit der Regierung Geschäfte mache.⁹⁷ Der *Spectator* verbreitete das Gerücht, auch andere Minister und Angehörige des Untersuchungsausschusses besäßen Marconi-Aktien.⁹⁸ Zudem warf er den Liberalen vor, bei Silberaufkäufen in Indien einer unerfahrenen Bank von Montagu den Vorzug gegeben zu haben, weil dessen Bruder Unterstaatssekretär im Kolonialministerium war. Die erneut antisemitische Stoßrichtung war dabei unverkennbar.⁹⁹ Ebenso verlief die Abwehr der Vorwürfe über die liberale Presse, weniger über das Parlament. So sprachen die liberalen Zeitungen dem konservativen *Eye-Witness* die moralische Urteilsfähigkeit ab, weil dessen Financier Charles Granville gerichtlich der Bigamie überführt worden sei.¹⁰⁰ Darüber hinaus brachte die *Daily News* Vorwürfe über das frühere Verhalten der Konservativen auf – etwa, daß Oppositionsführer Bonar Law als *Secretary of Trade* zugleich Bankdirektor war und es dabei zu viel engeren Überschneidungen zwischen privaten und öffentlichen Interessen gekommen sei.¹⁰¹

Diese recht scharfe Debatte in der Presse stand im Kontrast zum moderaten Ton im Parlament. Bereits vor der großen Debatte zeigte sich, daß im Unterhaus andere Verhaltensstrategien als angemessen galten. So verlangte Premierminister Asquith von Lloyd George und Rufus Isaacs mehrfach, sich defensiv zu verhalten und gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit Bedauern und Demut zu zeigen.¹⁰² Tatsächlich hielten sie sich daran.¹⁰³ Auch

⁹⁶ Strachey an Bonar Law 17.6.1913, in: House of Lord's Record Office, Bonar Law 29/5/31; Gwynne an Bonar Law o.D. [wohl 18.6.1913], ebd. 29/5/36; Scott an Lloyd George 7.6.1913, in: ebd. Lloyd George Papers C 8/1/4.

⁹⁷ *Morning Post* 14.6.1913. Zur Debatte um die Mexican Oil Company vgl. auch Hansard's Parliamentary Debates 16.6.1913. Vol. 54, Sp. 35; *Searle*, Corruption (wie Anm.2), 212-217.

⁹⁸ *Spectator* 14.6.1913, 1002f.

⁹⁹ Vgl. zum Engagement von Journalisten im „Indian Silver Scandal“ etwa: Strachey an Bonar Law 4.7.1913, in: House of Lord's Record Office, Bonar Law 29/6/6.; Hansard's Parliamentary Debates ebd.; *Searle*, Corruption (wie Anm.2), 201-211.

¹⁰⁰ *Daily News* 18.6.1913, 2; vgl. zudem: *Daily News* 16. bis 18.6.1913, 1.

¹⁰¹ *Daily News* 21.6.1913, 5.

¹⁰² Zit. Lady Asquith an Lloyd George 13.6.1913, in: House of Lords Record Office, Lloyd George Papers C 6/12/2; Asquith an Lloyd George 16.6.1913, in: ebd. C 6/11/13; Kabinett 17.6.1913, in: NA CAB 41/34/21.

¹⁰³ Vgl. die Reden der langen Debatte in: Hansard's Parliamentary Debates. Vol. 44, Sp. 391-514, bes. Sp. 422 u. 448f. (18.6.1913) und Vol. 44, Sp. 542-670 (19.6.1913).

der Premierminister selbst stellte Verhaltensregeln auf, die als Normen für Politiker gelten sollten. So forderte er etwa selbstkritisch im Unterhaus:

„Ministers ought not enter into any transactions whereby their private pecuniary interest might, even conceivably, come into conflict with their public duties. [...] Again, no minister is justified under any circumstances in using official information that has come to him as a Minister, for his own private profit or for his friends. [...] Ministers should scrupulously avoid speculative investments in securities as to which, from their position and their special means of early and confidential information they have or they may have advantage over other people in anticipating market changes.“¹⁰⁴

Damit forderte er die Einhaltung genau jener Normen, gegen die seine Minister gerade verstoßen hatten. Verglichen mit den Pressedebatten zuvor reagierten auch die Konservativen konzilient. So sprachen sie nicht direkt von Korruption, sondern von Verstößen gegen die Regeln des öffentlichen Lebens.¹⁰⁵ Zugleich unterstrichen sie allerdings, daß über das Verhalten der Liberalen kein Konsens bestand und sie die Entschuldigung in dieser Form unzureichend fanden. Ebenso beharrten die Konservativen auf einem eigenen Minderheitenbericht des Untersuchungsausschusses.

Die Unterschiede zwischen der medialen und der parlamentarischen Korruptionsdebatte lassen sich zunächst mit den seit langem eingeübten parlamentarischen Redekonventionen und der Vertrautheit der Elite untereinander erklären. Nicht nur ihre ähnliche akademische Ausbildung, sondern auch die informellen Begegnungen, etwa beim Golf, überbrückten selbst bei einem Radical wie Lloyd George die Fraktionsgrenzen. Zudem mußten die britischen Parteien mit Regierungswechseln leben, die bei jedem moralischen Vorwurf die Gefahr bargen, an die eigene Regierungszeit erinnert zu werden. Das galt gerade für Aktiengeschäfte von Ministern. Beides mag erklären, warum die Redner in der entscheidenden Parlamentsdebatte eher aus der zweiten Reihe kamen.

Unklar blieb, inwieweit der Begriff „Korruption“ in diesem Fall überhaupt zutreffend war. Im Unterschied zu den großen Korruptionsskandalen auf dem Kontinent und in den USA ging es hier ja nicht um direkte Bestechung, sondern eher um Insiderwissen im Aktienhandel. Daß sich in Großbritannien ausgerechnet entlang von Aktienspekulationen ein Skandal entwickelte, war Ausdruck einer Wirtschaftsstruktur, die sich von Deutschland unterschied. Seit den 1850er Jahren hatte sich England zu einer „nation of shareholders“ entwickelt, bei der um 1900 etwa zwei Fünftel des nationalen Vermögens in Aktien investiert waren. Da ein beträchtlicher Teil der Ober- und Mittelklassen von deren Erträgen lebte, waren Spekulationen gängig und nötig. Sie kollidierten jedoch mit den zeitgenössischen Vorstellungen vom mo-

¹⁰⁴ Hansard's Parliamentary Debates. Vol. 44, Sp. 548-560 (18.6.1913); Daily News 20.6.1913, 2.

¹⁰⁵ Hansard's Parliamentary Debates. Vol. 44, Sp. 391 (18.6.1913).

ralischen Wirtschaften und der Verdammung des Glücksspieles. Dementsprechend war es um 1900 umstritten, in welchem Maße Aktienspekulationen als legitim galten.¹⁰⁶ Im Marconi-Skandal wurde dies an einem prominenten Beispiel diskutiert, ohne daß es zu einer eindeutigen Lösung kam. Insgesamt setzte er zumindest die Norm, daß Politiker keine Aktienspekulationen mit Anteilen von Unternehmen machen dürften, die unmittelbar in Regierungsverträge eingebunden waren.

Damit schrieb der Fall fest, wie sich ein Politiker gegenüber der Wirtschaft zu verhalten habe. Um dieses Bild des Politikers drehte sich auch die Rechtfertigung von Lloyd George, die er seiner Partei gegenüber im National Liberal Club gab: „In politics there is no cash. [...] In politics, men go in, if you like, for fame. Men go in, if you like, for ambition. Men go in from a sense of duty (cheers). But for mere cupidity, never!“¹⁰⁷ Gerade weil dieses Idealbild des Politikers gefährdet schien, mußte es beschworen werden. Zugleich festigte der Skandal bei den Konservativen die Vorstellung, daß gerade die wachsende Zahl von sozialen Aufsteigern im Parlament für die Zunahme der Korruption verantwortlich sei. Die Formulierung „you cannot corrupt a millionaire“ verdichtete diesen Streitpunkt, der den Exklusivcharakter gegen die „Neureichen“ wie Lloyd George unterstrich.¹⁰⁸ In dieser konservativen Lesart sollte der ideale Politiker über ein Vermögen verfügen, das ihn angeblich von materiellen Verlockungen unabhängig mache. Die konkreten personellen Folgen des Skandals waren dagegen eher gering. Lloyd George war zwar stark angeschlagen und durchlebte eine seiner bisher schwersten politischen Krisen, konnte aber sein Amt behalten und bis zum Premierminister aufsteigen.¹⁰⁹ Isaacs behielt ebenfalls sein Amt, erholte sich aber nicht wieder von den Vorwürfen. Versetzt wurde nur ein Mitarbeiter der Ministerialbürokratie, der wegen seiner Spekulation mit englischen Marconiaktien auf einen niederen Dienstrang abstieg.¹¹⁰

Die konservativen Journalisten, die die Vorwürfe maßgeblich aufgebracht und forciert hatten, ließen auch nach Verabschiedung der Untersuchungsberichte nicht locker. Sie erreichten jedoch keine breitere Aufmerksamkeit mehr. Journalisten wie Cecil Chesterton hielten an ihrem Antisemitismus

¹⁰⁶ Zu diesem Bias vgl. *David C. Itzkowitz*, Fair Enterprise or Extravagant Speculation. Investment, Speculation, and Gambling in Victorian England, in: *Victorian Studies* 45, 2002, 121–148. Grundsätzlich zu Aktienbesitz und Spekulationen: *George Robb*, White Collar Crime in Modern England. Financial Fraud and Business Morality, 1845–1929. Cambridge 1992, 3, 191.

¹⁰⁷ Redetext National Liberal Club 1. 7. 1913, in: House of Lords Record Office, Lloyd George, LG C 36/1/9.

¹⁰⁸ Daily News 18. 6. 1913, 1.

¹⁰⁹ Von den zahlreichen Biographien über ihn vgl. bes. *John Grigg*, Lloyd George. 4 Vols. London 1973–2002.

¹¹⁰ So Samuel im Kabinett: 27. 11. 1912, in: TNA CAB 41/33/72.

fest, blieben aber marginalisiert.¹¹¹ Insbesondere der Ausbruch des Weltkrieges überdeckte die konservativen Kampagnen gegen den „Sale of Honours“. Langfristig zeigten sie dennoch Folgen. Kurz nach dem Krieg entfalteten sie ihre Wirkung in einem Skandal, der den Verkauf von Ehrungen durch die Liberalen aufdeckte und 1922 mit dem Sturz des nunmehrigen Premierministers Lloyd Georg endete. Die in der edwardianischen Zeit begonnene Kampagne hatte damit die Öffentlichkeit für eine Norm sensibilisiert, die nach dem Weltkrieg nicht mehr überschreitbar war. Mit dem Honours (Prevention of Abuses) Act von 1925 folgte hierauf auch die rechtliche Festlegung der in diesen Skandalen erkämpften Norm, die den „Verkauf“ der Titel und Ehrungen unter Strafe stellte.

V. Fazit

Sowohl der historische Überblick als auch die Fallstudien zeigten, daß in Großbritannien frühzeitig und dauerhaft Korruptionsvorwürfe kursierten. Ihr thematischer Fokus veränderte sich mitunter stark. So bezog er sich auf unterschiedliche Normkonflikte wie das Wahlrecht, den Kolonialismus oder die Ausgrenzung sozialer Aufsteiger. Kennzeichnend für Großbritannien war, daß die britischen Regierungen immer wieder rasch und vergleichsweise umfassend auf die Vorwürfe reagierten. So kam es regelmäßig zu ausführlichen Untersuchungen, die durchaus auch kritische Ergebnisse gegen die eigene parlamentarische Mehrheitspartei erbrachten. Ebenso folgten den Fällen oft Entlassungen. Die Korruptionsdebatten führten zudem vielfach zu Gesetzesreformen und neuen normativen Anforderungen an gesellschaftliche Verhaltensweisen, die in Reinigungsritualen beschworen wurden.

Die Verschärfung des parteipolitischen Wettbewerbes förderte um 1900 die Zunahme drastischer Korruptionsbeschuldigungen. Die Fallstudien zeigten jedoch, daß zwischen den Vorwürfen und den tatsächlichen korrupten Praktiken, soweit diese auszumachen sind, eine deutliche Differenz bestand. Das galt insbesondere für die Korruption in der politischen Führung. Statt einer Korruption im großen Stil lagen eher Begünstigungen vor, die persönliche Vorteile einbrachten. Im ausgehenden 19. Jahrhundert scheinen korrupte Praktiken noch am stärksten in den Kolonien aufgetreten zu sein, wo erst durch Korruptionsskandale die Regeln der heimischen Verwaltung etabliert werden mußten.

In der öffentlichen Debatte über die Korruption wurde in Großbritannien häufig auf den Steuerzahler oder den „einfachen Mann“ verwiesen, der die Kosten der Korruption zu tragen hätte. Viele Politiker und Zeitungen dürf-

¹¹¹ Vgl. den Artikel *The Jewish Problem Re-Considered*, in: *New-Witness* 26.6.1913, 240f., ähnlich: *New-Witness* 3.7.1913, 264.

ten dieses Argument in eher populistischer Absicht aufgebracht haben, um eine emotionale Betroffenheit auszulösen. Korruption wurde somit als Schädigung der Allgemeinheit und als Verstoß gegen Gleichheitsgrundsätze gesehen. Insofern hatte der Kampf gegen die Korruption von Beginn an durchaus eine demokratische Komponente, auch wenn dies nicht unbedingt eine Intention der Akteure war. Die frühe und oft überzogene Form der Anklage dürfte jedoch ebenso wie ihre umfassende Prüfung mit dazu beigetragen haben, daß in Großbritannien frühzeitig Korruption als gesellschaftliches Phänomen an Bedeutung verlor.